

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. Einschlaggeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Einzelabonnementsbestellungen haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 52, IV., Volkshaus
Telephon 7285.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatisten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1.

Sonnabend, den 6. Januar 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die armen Reichen und die reichen Armen. — Stüges über die Pirnaer Sandsteinindustrie. — Wer terrorisiert? — Die Inwalden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. I. — Aus Amerika. — Die Frankfurter Marmorindustrie. — Wenn's nicht geht, kann gehen! — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Inhaltsverzeichnis des „Steinarbeiter“. Jahrg. 1911.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unabweisbar, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sesperer Kund: Rembach: Firma Seubert. — Berlin: Kunststeinebearbeitungsgesellschaft Jüngers & Schille. — Osterwald: Mehle: Firma Meine & Illemann. — Freiburg (Schl.): Bildhauerei Bliesche. — Kappelrodek: Grabsteingehäuse R. Eid. — Kreienzen: Firma Schmidt. — Landsberg a. W.: Bahndamm-Neubau.

Porta bei Minden: Bei der Firma Michelsohn legten die Kollegen wegen Preisdifferenzen die Arbeit nieder. Durch Entgegenkommen der Kirchenbauverwaltung wurde die Sache beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Birkenfeld bei Pforzheim: Die Kollegen keilten bei der Firma Gebr. Denginger die Arbeit ein. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellten.

Sera: Am 11. Dezember sind die Kollegen bei der Firma Korb & Töpelmann in den Streik getreten. Die Firma sucht in oberfränkischen Blättern Steinmehnen und Schleifer, welche dem Zentralverband deutscher Steinarbeiter nicht angehören.

Degetz: Die Firma Müller hat allen Pflastersteinarbeitern gekündigt. Der Grund hierzu scheint zu sein, weil die Kollegen, nachdem sich im Steinbruch ein tödlicher Unglücksfall ereignet, der Gerichtskommission in ungeschminkter Weise die Wahrheit sagten. Arbeitsangebote der Firma Müller sind abzuweisen.

Oschatz: Wegen einer vorgenommenen Lohnreduktion sind am 2. Januar die Steinmehnen in den Streik getreten.

Die armen Reichen und die reichen Armen.

Sind diese Leute rasend? auch man sich fragen, wenn man zuhört, auf welche Art und Weise die bürgerlichen Parteien diesmal ihre Wahlagitiation treiben. Da kommt ein Herr in stattlichem Pez in seinem eigenen Automobil zu einer Versammlung von Steinarbeitern gefahren und erzählt ihnen, wie gut es den deutschen Arbeitern geht! Da schreibt ein Redakteur, ein Flugblattverfasser, der wahrscheinlich nie in seinem Leben die Not an eigenen Leibe gespürt hat, in Deutschland gebe es keine Not, nirgends in der Welt gehe es den Arbeitern so gut wie hierzulande! Da wirft man Sätze gedruckter Labeln in die Massen, worin in Zahlen bewiesen wird, wie gewaltig die Löhne gestiegen sind, und andre Labeln, aus denen man genau erfährt, daß es gar keine Feuerung gibt. Die ist bloß eine Erfindung der Sozialdemokraten.

Sind diese Leute rasend? fragt man sich noch einmal, haben sie so gar keine Ahnung von dem Volksempfinden, um nicht zu bezweifeln, wie diese Art der Agitation auf die Massen wirken muß? Ein von Schmerzen geplagter Kranker wird den Arzt, der ihm einreden versucht, ihm fehle nichts, zur Tür hinausgeworfen. Ein ganzes von Not und Sorge gedrücktes Volk aber sollte es sich gefallen lassen, wenn aufdringliche Schwärmer ihm die Tür einrennen, um ihm zu versichern, es lebe herrlich und in Freuden?

Daß sich was mit dieser Herrlichkeit! Jeder einzelne weiß genau, wie er es selber treibt, wieviel Lohn er bekommt, was ihn die Wohnung kostet, was er für Essen und Trinken, für Kleidung und Heizung zu bezahlen hat. Er kennt die Verhältnisse der Werkstatt, in der er arbeitet, der Meisterei oder der Gemeindegasse, in der er lebt. Und sollte er noch so großen Respekt vor gedruckten Zahlen haben, und sollte er nie auf den schlauen Gedanken kommen, daß solche Zahlen auch falsch sein können, so weiß er doch ganz genau, wieviel von dieser holzpapierernen Wohlhabenheit auf ihn selber kommt. Und mit Ingrimm im Herzen geht er hin und wählt, wie sich's gehört sozialdemokratisch.

Was kann die geplagte Masse des Volkes denn von Parteien erwarten, die ihr einreden versuchen, sie hätte gar keine Ursache, sich über ihr Los zu beklagen? Nur derjenige, der ein Uebel erkennt, kann die Abhilfe haben, es zu beheben. Wer das Uebel nicht sieht oder nicht sehen will, wird auch nicht helfen und bessern. Im Gegenteil! Denn von der Behauptung, dem Volke gehe es so gut, ist nur noch ein klein winziger Schritt zu der Meinung, es lebe ihm zu gut!

Das deutlich hört man aus dem Preislied von der vortrefflichen Lage der arbeitenden Massen den letzten Unterton, es könnte nicht schaden, wenn es ihnen noch ein wenig schlechter ginge. Daß nicht der Deutsche Sandwirtschaftsrat erklärt, angesichts der gestiegenen Löhne sei die Steigerung der Lebensmittelpreise nur ein „Anzeichen unangenehmer Verhältnisse“ gegenüber der notleidenden Landwirtschaft? Sichert nicht die Preissteigerung, je weniger Sorgen und je mehr freie Zeit die Arbeiter hätten, desto weniger nähmen sie der Allgemeinheit? Und man hat sich ja auch nicht auf bloße Theoretiker beschränkt, man ist zur „positiven Arbeit“ übergegangen und hat unter der Parole, dem Volke das Beste dar zu sein noch ein bißchen weiter gehen, diese verbrecherische Finanzreform gewollt, die abermals viele Arbeiter, Sandwerker, Beamten- oder Kleinrentnerfamilie mit 25 bis 30 Mark jährlich mehr belastet! Man hat den Wächtern Wochenlohn versagt, hat die Lohnmänner für die Steinarbeiter abgeholt, hat den Seigern der Flotte einen Großteil ihrer üblichen Löhne zu entziehen versucht!

Es geht eben dem Volk noch viel zu gut, es erfährt noch immer nicht genug von der Not, die nach der Meinung frommer Herren beten lehrt!

Und nun vergleiche man mit diesem Trugsbild von den reichen Armen sein Gegenstück in der bürgerlichen Wahlagitiation: die armen Reichen! Was haben diese bedauernswerten Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Hausherren usw. in dieser schlechten Welt an Jammer und Elend zu erleiden! Das Herz zerfleißt den bürgerlichen Agitatoren vor Mitleid, wenn sie darauf zu sprechen kommen. Die Landwirtschaft ist „notleidend“. Nicht etwa die Kleinbauern oder schon gar die landwirtschaftlichen Arbeiter, die nach den Berechnungen der agrarischen Presse geradezu Gehaltsratsgehälter beziehen! Notleidend ist die „Landwirtschaft“, vertreten durch die Herrschaften von ... und ... mit ihren Gütern von 100 Hektar aufwärts. Notleidend ist das Unternehmertum, es stöhnt unter dem Druck der Lasten der sozialen Gesetzgebung und unter dem „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Notleidend sind schließlich die ganzen besitzenden Klassen, sie sind mit Steuern über ihre Tragfähigkeit hinaus belastet und wohl nicht mehr weit davon entfernt, der Armenpflege zur Last zu fallen. So kann man in der Zentralschrift: „Wen wähle ich?“ das Bild eines schwächlichen Herrn im Frack sehen, der als Steuerlast das riefenhafte Ungelüm eines Koffers zu schleppen hat. Neben ihm stehen drei wohlgenährte Arbeiterleute, die tragen alle drei zusammen einen dreimal kleineren Koffer!

Alle, alle sind sie notleidend, die armen reichen Leute! Bloß die reichen Armen, die Arbeiter, haben es gut, für sie ist das Deutsche Reich das Land, in dem Milch und Honig fließt. Die Löhne steigen, das bürgerliche Lebensmittelpreisniveau hat gar nichts zu sagen, Höhe und Steuern machen so gut wie nichts aus. Und die Unzufriedenheit kommt nur durch die Aufhebung, durch die Sozialdemokratie. Die muß womöglich polizeilich verboten werden! ...

Das steht der arbeitende Mann beständig in konservativen, Merkmalen und liberalen Wahltraktaten. Und dann legt er das Zeug beiseite, steht sich um in seinem kümmerlichen Heim, steht die abgeraderte Frau, die Kinder; er überschlägt seinen letzten Wochenlohn, die Miete, die am nächsten Erben fällt, die Ausgaben, die unabweisbar sind. Da steigt ihm die Bitt in die Kehle, die Faust ballt sich und wie ein Stoßgebet entragt es sich dem Innersten seiner Brust:

„Der Teufel hole die ganze Eignerbrut!“

Einiges über die Pirnaer Sandsteinindustrie.

Wenn vor 15 bis 20 Jahren der „ehrbare fremde“ Steinmeh auf der von Dresden kommenden Landstraße in die freundliche Elbestadt Pirna einwanderte, hörte er, nachdem er kaum die Stadtgrenze überschritten hatte, rechts und links der Straße den munteren Lärm der Knäppel erschallen. Ein großer Werkplatz befand sich neben dem andern. Hunderte von Kollegen bearbeiteten hier mit gelübter Hand beim Klänge lustiger Weisen das oft recht spröde Gestein. Hier und da war auch der „eisernen Kollege“ am Werke und zerlegte unter Anrufen und Kraxen die riesigen Steinblöcke in Platten, Gewände usw. Zahlreiche Hilfsarbeiter waren mit dem Verladen der fertigen Werkstücke beschäftigt. Mit Wagen, Eisenbahn oder Schiff wurden dieselben ihren verschiedenen Bestimmungsorten zugeführt. Neben Sachsen waren Mittel- und Norddeutschland das hauptsächlichste Absatzgebiet. Aber auch nach Oesterreich und den skandinavischen Ländern wurde geliefert. In Berlin, Hamburg und verschiedenen andern norddeutschen Städten kann man manchen prachtvollen Monumentalbau bewundern, dessen Steinfassade in den hiesigen Betrieben entstanden ist. Infolge dessen war meist recht flotter Geschäftsgang und ungezählte fremde Kollegen, die auf ihrer Wanderschaft hier durchtamen, fanden lohnende Beschäftigung. Und wenn sich dann die jungen, lustigen Gesellen Montags einen „Blauen“ leisteten und sangen: „Da gibt es nichts als Lust in unsrer Steinmehbrust“, so hatte das eine gewisse Berechtigung.

Viele haben sich hier niedergelassen, nahmen sich ein Weib und gründeten sich eine zweite Heimat. Andre wieder, denen das Reiseleben zu mächtig in den Gliedern ludte, schnallten, eingedenk des alten Steinhauerliedes, ihren „Berliner“ zusammen und reiten in Gottes Namen. Reichtümer wird wohl keiner mit fortgenommen haben, denn es war damals ein lustiges Völkchen hier. Und wenn sie jetzt irgendwo als glückliche Väter ihren aufstrebenden Buben von ihren Wanderfahrten erzählen, werden sie sich auch gern an Pirna im schönen Elbsandsteingebirge erinnern. Aber auch die Berufsstranzheit, die uns ständig unläuert, hat manchen kraftstrotzenden, forschenden Kerl in des Lebens Blüte dahingerafft, vermodert und wohl auch vergessen.

Die Lehrlingszucht stand in voller Blüte. Zwölf bis fünfzehn Lehrlinge hatte wohl bald jeder Meister. Von vornherein aufs „Wachsen“ dressiert, bekamen dieselben nach kurzer Zeit Akkord. Der Lehrmeister zog sich für seine „Beimahlungen“ ein Viertel bis ein Drittel des verdienten Lohnes ab. Bei der großen Zahl der Lernenden gab das wöchentlich einen ganz schönen Bagen Geld. Man hätte nun eigentlich annehmen können, daß ein Teil desselben wieder für eine gediegene technische Ausbildung angewandt worden wäre. Aber weit gefehlt, von Fachschulen oder dergleichen hatten die Kraxler keine Ahnung. Der „Wächter“ war das Ziel der ganzen Ausbildung. Jetzt schwärmen diese Herren, die damals fast gar nichts für die Ausbildung ihrer Lehrlinge übrig hatten, wohl ohne Ausnahme für den Befähigungsnachweis. Zur Rettung des Handwerks natürlich. So ging's jahraus jahrein, und niemand dachte daran, daß es einmal ganz anders kommen sollte. Am Anfang des laufenden Jahrhunderts setzte eine scharfe Krise ein. Von

diesem Zeitpunkt an ging die hiesige Steinindustrie rapid juria und hat sich auch nicht wieder zu der alten Blüte emporringen können. Viele Monate waren die Kollegen alljährlich arbeitslos. Wer einigermaßen konnte, schüttelte den Staub von den Pantoffeln oder suchte Unterschlupf in einem andern Berufe.

Worin waren denn nun die Gründe für diesen völligen Umschwung zu suchen? Die ins Uferlose gehende Grund- und Bodenspekulation in den Großstädten verteuerte den Preis der Grundstücke so ungeheuer, daß die Bauherren und Baumeister gezwungen waren, auf irgendeine Weise einen Ausgleich herbeizuführen. Und es wurde gepart, und zwar an den Fassaden. Wir Steinmehnen waren die Leidtragenden. Der Kunststein kam zur Geltung, in den letzten Jahren wurden die verschiedensten Methoden des „Edelepuzes“ zur höchsten Bollendung gebracht. Die Architekten bemühten sich des sogenannten Jugendstiles, und glatt von oben bis unten war die Lösung. In verschiedenen modernen Fassaden kann sich wahrhaftig keine Laus halten. An Stelle der Villa im alten Stil trat das moderne Landhaus. Einige glatte Fenstergehänge und, wenn's gut geht, noch ein Portal, ist alles, was für uns in Betracht kommt.

Unser jungen Baukünstler erhalten von den Hochschulen Stipendien, damit sie in Griechenland und Italien die antiken Bauwerke, die eine hochentwickelte Kultur einst schuf, bewundern und sich an ihnen weiterbilden können. In die Museen der ganzen Welt schleppt man die Bruchstücke von alten ionischen und dorischen Säulen oder anderer Architekturteile aus edlem Naturgestein, gleichsam um dem ganzen Volke zu zeigen: Seht mal, was diese alten Völker vor zweitausend bis dreitausend Jahren schon für einen Sinn für Baukunst und Formenschönheit gehabt haben. Aber wenn nun ein Baukünstler das an den Stätten dieser alten Kultur Gesehene in seinem Heimatlande verwerten will, fehlen ihm in den meisten Fällen die Mittel dazu. In unserm „teuren“ Vaterlande braucht man das Geld für Kanonen und Panzerschiffe und für Kunst und Kultur bleibt wenig übrig.

Aber auch ein anderer Umstand ist noch zu berücksichtigen. In den Zeiten des flotten Geschäftsganges wurde von vielen strapellofen Firmen das minderwertigste Material an den Mann gebracht. Was Wunder, wenn dann unter den Architekten und bei den Baubehörden ein gewisses Mißtrauen gegen den Naturstein um sich greift. Ich selbst habe mir einmal von einem königlichen Bauamt erklären lassen müssen, daß sächsischer Sandstein in seiner Gesamtheit nichts taugt. Es kostet dann viel Mühe, so einen Herrn davon zu überzeugen, daß es unter den hiesigen Sandsteinen wohl auch sehr gutes Material gibt. Ich erinnere nur an das harte Postaer Material. Aber auch unter dem Cottaer gibt es viel gutes und wetterbeständiges Material. Diejenigen Firmen, bei denen solide, erstklassige Ausführung der Aufträge Geschäftsprinzip ist, wurden elend herunterkonkurriert und die Billigkeit entscheidet leider. Das machten sich die Kunststein- und Betonfirmen natürlich zunutze, und wenn jetzt die Steinindustrie unter der Konkurrenz derselben leidet, so ist das bis zu einem gewissen Grade auf die alten Sünden mit zurückzuführen.

Jetzt sehen wir nun die ehemals so belebten Werkplätze gänzlich verwaist. Hohes Gras wächst auf den Wegen und zwischen den Steingassen. Wilde Kantinen führen darin ein ungestörtes beschauliches Dasein.

Der Berliner Hoffsteinmehmeister Karl Schilling, der hier einen gut eingerichteten Werkplatz mit Diamantfuge errichtet hatte, mußte denselben vor einigen Jahren auch wieder aufgeben. Wie es heißt, haben die übrigen Firmen alles aufgeboden, um zu verhindern, daß Sch. gute Steinbrüche erwerben konnte. Ohne dieselben konnte aber Sch. den Betrieb jedenfalls nicht recht rentabel gestalten. Wahrscheinlich bestärkten die andern Firmen, daß Sch. dann den größten Teil von den auswärtigen Arbeiten an sich reißen würde. Für unsre Kollegen wäre es aber nur von Vorteil gewesen. Denn Sch. wird sich dann jedenfalls nicht mehr für den sächsischen Sandstein ins Zeug gelegt haben. Bei seiner Bedeutung und seinem Einfluß auf die ganze deutsche Sandsteinindustrie dürfte dies von verhängnisvollem Einfluß auf das hiesige Gebiet gewesen sein.

Gegenwärtig arbeiten in Pirna, wenn es gut geht, so gegen 20 Männer. Alles, was noch übrig geblieben ist, wurde in die Steinbrüche gedrängt, wo unsre Kollegen oft unter den fragwürdigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Die Brüche selbst liegen 1—2 Stunden von Pirna entfernt, teils direkt an der Elbe, teils in ihren Seitentälern. Außerdem liegen an der oberen Elbe bis zur böhmischen Grenze entlang noch verschiedene Bruchbetriebe.

Dem Wunsche unsrer Redaktion, auch darüber etwas verlauten zu lassen, komme ich in Bälde sehr gern nach.
Dresden. W. M.

Wer terrorisiert?

Jede Lohnforderung organisierter Arbeiter ist nach der Parole des Kapitals eine Wachtprobe, alles was der Arbeiterschaft zur Erlangung eines Zieles nützlich, dem Unternehmertum aber un bequem sein kann, ist „Terror“. Umgekehrt lehnen die Arbeitgeber jede Lohnhöhung und Arbeitszeitverlängerung nur aus „Gründen des öffentlichen Wohls“ ab und beanspruchen die Anwendung aller ihnen genehmen Mittel zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke als ein selbstverständliches Recht. Man nehme den Fall, daß die Arbeiter eines Betriebs in den Streik träten, um den Vorkauf des Unternehmens zu zwingen, aus irgendeinem Arbeitgeberverband oder etwa dem Zentralverband deutscher Industrieller

Ein Scheitern der Empörung würde im Lager des Unternehmertums erheben und durch seine Exzessanten durch Deutschland getragen werden. Ungeniert und unbehelligt machen sich indes die Unternehmer das Recht an, unter expressiven Drohungen von Arbeitern und Angestellten den Austritt aus ihren Organisationen zu fordern. Der Arbeiterschaft gegenüber sind diese brutalen Vergewaltigungen so alt wie die Arbeiterbewegung selbst, und in dem Augenblick, in dem auch die industriellen Beamten, Techniker und Ingenieure sich zur Wahrung ihrer Interessen vereinigen, stehen sie auf dieselben frechen Terrororgeln des Kapitalismus. Beschämend dabei ist, daß selbst die bürgerlichen Kreise, die noch nicht der Vollständigkeit des Syndikatskapitals unterworfen sind und gegenüber den Polizeikräften auf ihre Unabhängigkeit Wert legen, sich angefaßt dieser Vergewaltigungen der Angestellten kühl bis aus Herz hinan verhielten und sich gelegentlich nur einige Worte des Bedauerns, von Taten gar nicht zu reden, abrangen. Um die Söhne und Brüder gut bürgerlich respektabler Leute handelt es sich dabei, so z. B. jüngst bei der Guteshoffnungshütte, jener Gesellschaft, die im Besitz der Familie Haniel ist, und von ihren Angestellten unter Androhung der Entlassung den sofortigen Austritt aus dem Bund der technisch-industriellen Beamten forderte. Daß dadurch Schichten, die der Sozialdemokratie noch zum übergroßen Teil fernstehen, zu ihren Wählern und überzeugten Anhängern gemacht werden, wollen wir gewiß nicht beklagen, eine andre Frage ist es, ob diese Wirkung den bürgerlichen Parteien besonders genehm ist. Aber das Bürgertum übersteht auch, daß seine Passivität gegenüber dem Terror des Großkapitals zur Untergrabung und Vernichtung seiner Angehörigen führen muß, die gegenüber den großkapitalistischen Gebilden ihre wirtschaftliche Selbständigkeit noch zu behaupten vermöchten.

Nicht nur gegen die Arbeiterschaft und die Angestellten richtet sich der Terrorismus des organisierten Großkapitals, sondern mit gleicher Schärfe auch gegen ihre nicht kartellierten Konkurrenten und ihre Abnehmer. Fast täglich lassen sich die schlimmsten terroristischen Handlungen von Kartellen und Syndikaten feststellen, sie werden von der bürgerlichen Presse als unabwehrbar hingenommen und von jenen Blättern, die in jeder Ausübung des Koalitionsrechts durch die Arbeiterschaft einen schandwürdigen Gewaltakt sehen, nicht nur verteidigt, sondern gefeiert. Dabei gelangen zur Kenntnis der Öffentlichkeit nur die wenigsten Fälle des terroristischen Treibens der Kartelle und Syndikate, weil ihre Opfer sich zumeist fügen müssen und dann schweigen. Die ganze Praxis des Stahlwerksverbands und des Kohlsyndikats ist ausgesprochen terroristisch, ihre Kunden wissen ein Lied davon zu singen! Wie es Montanwerken, die sich aus irgendwelchen Erwägungen dem Stahlwerksverband nicht anschließen wollten, ergeht, ergibt sich aus den Mitteilungen der Westfälischen Stahlwerke A.-G. in Dortmund, die in ihrem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1910/11 betonen, daß die Zugehörigkeit zum Stahlwerksverband für die Gesellschaft von erheblichem Nachteil war. Diesen Nachteil abzuwenden, sieht sich die Gesellschaft außerstande, weil sie wider den Willen ihrer Direktoren zwangsweise dem Stahlwerksverband angehöre. Ende November vergangenen Jahres erklärte in der Generalversammlung der Gesellschaft der Vorsitzende, Justizrat Eißbacher, das Verhältnis des Unternehmens zum Stahlwerksverband sei, wie schon früher hervorgehoben, kein günstiges, die Herren vom Stahlwerksverband hätten seitherzeit selbst erklärt, sie sähen ja ein, daß die Westfälischen Stahlwerke, wenn sie unter den ihnen gestellten Bedingungen dem Stahlwerksverband beitreten, nicht sonderlich prosperieren würden. Die Gesellschaft müsse das Opfer aber im Interesse der Allgemeinheit bringen, sonst werde man eine Generalversammlung einberufen lassen, die die Verwaltung, wie dies auch einst beim Phönix geschehen sei, zwingen, dem Verbands beizutreten.

Mit welcher Offenheit die Erzwingung des Verbandsanschlusses von Außenstehern behandelt wird, zeigen folgende Bemerkungen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zu der Meldung, daß das Ruhr-Eisen Syndikat Anfang dieses Jahres mit den Siegerländer Hütten, die zum Teil von dem Syndikatsbeitritt nichts wissen wollten, wegen ihres Anschlusses einzeln verhandeln werde: „Das ist wohl dahin zu verstehen, daß der Ruhr-Eisenverband mit den bisstehenden Siegerländer Werken, also Geisweid, Köln-Mühen, Charlottenhütte, direkte Verhandlungen wegen ihrer Quotenbeiträge aufnehmen will, was er ja bis jetzt bekanntlich abgelehnt hat. Damit würde er den von vornherein gehegten Wunsch der Siegerländer erfüllen; denn diesem selbst stehen keine Nachmittel zu Gebote, um die widerspenstigen Werke zu zähmen. Wohl aber kann der Ruhr-Eisenverband in Verbindung mit dem Kohlsyndikat oder einer Großbank einen solchen Druck auf die widerstrebenden Werke ausüben.“

Wie wenig die großkapitalistischen Organisationen daran denken, ihre absichtselben Konkurrenten nur durch gütliche Überredung zu überzeugen, beweist das Vorgehen des Walzdrahtverbands, dessen Mitglieder an dem Zustandekommen eines Drahtstiftesyndikats sehr interessiert waren, und jenen Drahtstiftfabriken, die dem projektieren Syndikat nicht beitreten wollten, mitteilen, daß den Widerstrebenden von dem Walzdrahtverband kein Rohmaterial mehr geliefert werden würde. Eine Ausführung dieser Drohung, an die selbstverständlich auch gedacht war, wurde nur durch den Zufall verhindert, daß just im letzten Augenblick eine neue Walzdrahtkonkurrenz entstand.

Durch die Sperre von Lieferungen der notwendigsten Materialien wird nicht nur die Diktatur in der Montanindustrie gefestigt, die Materialensperre ist ein bekanntes, beliebtes und bewährtes Mittel, auch Bauunternehmer in die Arbeitgeberverbände hineinzutreiben und von ihnen die Ausperrung von Arbeitern zu erzwingen. Ein überreiches Material liegt über derartige Fälle aus der letzten großen Bauarbeiterausperrung in Deutschland vor. Hervorragend beteiligt sind daran besonders die Zementfabriken, die auch in anderer Beziehung durch Radikalkuren die beteiligten Unternehmungen zur unbedingten Fügung unter den Willen der Syndikatsleitungen zu bringen wissen. Anfang dieses Jahres wurde bekannt, daß der Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikats in Bochum in Verfolg von Differenzen mit der Fabrik Meteor folgende Beschlüsse faßte: „Die Fabrik Meteor wird bestraft mit 20 000 Mk., weil Meteor dem vom Aufsichtsrat mit einer Revision beauftragten Herrn Professor Vary den Zutritt zur Fabrik verweigert hat; mit 20 000 Mk., weil das Werk Meteor dem mit einer Revision beauftragten Direktor Jannßen die Akten und Bücher nicht zur Einsichtnahme vorgelegt hat; mit 50 000 Mk. wegen seiner Lieferungen in Meteor Extra an die Königliche Eisenbahndirektion in Köln. Sahnungsgemäß werden vorstehende Summen gegen die sich ergebenden Guthaben des Werks Meteor so lange verrechnet, bis die 90 000 Mk. gedeckt sind.“ Wenn ein Unternehmer einem Syndikatskontrolleur den Zutritt zur Fabrik verweigert, so hat er dem Syndikat eine Riesenstrafe zu entrichten, ebenso, wenn er seine Bücher und Akten dem Syndikatsdirektor nicht vorlegen will. Alles ist gut und schön. Wenn aber ein organisierter Arbeiter einen Streikbrecher an die Gemeinshaftlichkeit und Verantwortlichkeit seines Handelns erinnert und ihn zur Solidarität zu überreden sucht, dann werden nicht nur Polizeimassen aufgebaut, Zurufe an die Herren Arbeitswilligen als Belästigungen und Verleumdungen mit schweren Strafen belegt, die Arbeitswilligen mit Revolvern ausgerüstet und ihnen empfohlen, jeden Streikenden, der sich ihnen nähert, niederzuschießen, sondern das Kapital verlangt zum Schutze der Arbeitswilligen neue Zuchthausgesetze, das glatte Verbot des Streikpostens, um die einzige Freiheit zu schütten, die dem Kapital heilig ist: Die Freiheit des Streikbruchs.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung.

I.

Am 1. Januar trat bekanntlich das 4. Buch der Reichsversicherungsordnung, welches die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung enthält, in Kraft. Da dürfte es denn angebracht sein, die wesentlichen Neuerungen, wenigstens soweit sie das Interesse der Versicherten direkt betreffen, nochmals im Zusammenhang kurz darzulegen. Das ist um so notwendiger, als dieser Teil der Reichsversicherungsordnung, der, wie das ganze Gesetz, nur ein elendes Stückchen Flickwerk ohne jede großzügige Maßnahme darstellt, eine Reihe von fallstrickartigen Bestimmungen enthält, deren Nichtbeachtung für den einzelnen von größtem Nachteil werden kann.

Der Umfang der Versicherung, der Kreis der Invalidenversicherung kraft Gesetzes unterliegenden Personen, ist nur in ganz unzulänglicher Weise erweitert worden. Neu in die Versicherung einbezogen sind nur die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und die Bühnen- und Orchestermitglieder. Ausgeschlossen bleiben namentlich die zahlreichen Gruppen der Hausgewerbetreibenden aller Art, soweit nicht durch Bundesratsbeschlüsse die Versicherungspflicht auf sie ausgedehnt wird. Das ist um so unverständlicher, als man das Hausgewerbe erst neuerdings der Krankenversicherung unterstellt hat. Ebenfalls im Widerspruch mit der Krankenversicherung, wo die Gehaltsgrenze für Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte, Werkmeister und andre Angestellten von 2000 Mark auf 2500 Mark erhöht wurde, hört für diese Gruppen bei der Invalidenversicherung die Versicherungsspflicht, wie bisher, bei einem Jahresarbeitsverdienst von 2000 Mark auf. Soweit diese Angestellten ihre Stellung im Nebenberuf ausüben, scheiden sie am 1. Januar aus der Invalidenversicherung aus; wenigstens hört die Versicherungsspflicht mit diesem Tage auf. Der freiwilligen Fortsetzung ihrer Versicherung steht natürlich nichts entgegen.

Von großer Wichtigkeit ist das Recht der freiwilligen Versicherung, das in Selbstversicherung, Weiterversicherung und freiwillige Erneuerung zerfällt. Das Recht zum freiwilligen Eintritt (Selbstversicherung) und die freiwillige Fortsetzung (Weiterversicherung) sind unverändert in die Reichsversicherungsordnung übergegangen.

Danach sind zur Selbstversicherung berechtigt die erwähnten Angestellten und Schiffer, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark übersteigt, aber nicht mehr wie 3000 Mark beträgt, Gewerbetreibende und andre Betriebsunternehmer, die regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigten und Hausgewerbetreibende, alle, soweit sie das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die Weiterversicherung ist uneingeschränkt in jedem Fall zulässig, wo die Voraussetzungen für die Versicherungsspflicht oder die Selbstversicherung fortfallen. Für Versicherungspflichtige also, wenn sie aus der die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung ausscheiden. Sag die Weiterversicherung schon seither im Interesse des Versicherten, so gewinnt sie künftig noch wesentlich an Bedeutung dadurch, daß jede Art der Rückzahlung von Beiträgen fortfällt und das Wiederaufleben der erloschenen Anwartschaft ganz außerordentlich erschwert, zum Teil sogar gänzlich unmöglich gemacht ist. Es kann daher nur dringend geraten werden, in allen Fällen, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, trotz der mehr als kümmerlichen Renten von dem Rechte der Weiterversicherung Gebrauch zu machen. Die Weiterversicherung selbst ist dem Versicherten sehr leicht gemacht. Sie unterscheidet sich von der Versicherungsspflicht nur dadurch, daß der Versicherte die Karte selbst in Händen behält und die Marken selbst kauft und klebt. Dabei können Marken einer beliebigen Klasse, auch der niedrigsten, verwendet werden. Es muß nur darauf geachtet werden, daß die Quittungskarte vor Ablauf von zwei Jahren, vom Ausstellungstage an, umgetauscht wird und mindestens 20. bei Selbstversicherten 40 Marken enthält. Irgendwelche Formalitäten sind damit nicht verbunden.

Die Bestimmungen über das Wiederaufleben der verloren gegangenen Anwartschaft (freiwillige Erneuerung) sind sehr verschärft worden. Näheres darüber weiter unten.

Die Leistungen der Versicherung bestehen in Invaliden- und Altersrenten, Rinderzuschüben und die Renten und einmaligen Unterstellungen an Hinterbliebene.

Die Höhe der Invaliden- und Altersrente sind trotz der inzwischen eingetretenen Verminderung des Geldwertes und der andauernden Steigerung aller Lebensmittelpreise unverändert geblieben. Auch der Begriff der Invalidität ist derselbe. Danach erhält Invalidenrente nur, wer nicht mehr imstande ist, unter billiger Berücksichtigung seines Berufes und seiner Ausbildung ein Drittel desjenigen zu erwerben, was gesunde Personen derselben Art in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Eine geringfügige Verbesserung tritt nur insofern ein, als die sogenannte Krankenrente, die bislang nur nach ununterbrochener zehnjähriger Krankheit gewährt wurde, sich künftig auch in den Fällen unmittelbar an die Unterstützung der Krankenkasse anschließt, wo die Unterstützungspflicht der Rasse früher als mit Ablauf der 26. Woche beendet ist. Das tritt namentlich dann ein, wenn ein Versicherter von seiner Krankenkasse 26 Wochen Unterstützung bezogen hat, im Laufe der nächsten 12 Monate aber wieder erkrankt und dann nur für 13 Wochen Anspruch an seine Rasse hat.

Altersrente erhält der, der das 70. Lebensjahr vollendet hat. Neu ist die Kinderzuschübe. Sie bildet einen Teil der Invalidenrente und wird nur mit dieser zusammen gewährt. Anrecht darauf hat jeder Empfänger einer Invalidenrente, der Sinker unter 15 Jahren hat, vorausgesetzt, daß die Invalidität nach dem 1. Januar 1912 eingetreten ist.

Die Hinterbliebenenfürsorge setzt sich zusammen aus Witwen- und Waisentrente und Witwengeld und Waisenaussteuer. Witwen- und Waisentrente wird gewährt, wenn der Verstorbene zur Zeit seines Todes die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat.

Witwenrente oder richtiger Witweninvalidenrente erhält nicht, wie das nach der Bezeichnung den Anschein haben könnte, jede Witwe eines bezugsberechtigten Versicherten, sondern nur die, die selbst invalide ist. Der Begriff der Invalidität wird hier fast genau so definiert, wie bei der Invalidenrente. Die Witwe muß also mindestens zu zwei Dritteln erwerbsunfähig sein und darf nur höchstens ein Drittel des üblichen Lohnes sozial gleichgestellter weiblicher Personen verdienen, um in den Genuß der Rente zu kommen.

Waisentrente ist von der Witwenrente unabhängig. Waisentrente erhalten nach dem Tode eines Versicherten seine ehelichen Kinder unter 15 Jahren. Die Kinder weiblicher Versicherter jedoch nur, wenn sie vaterlos sind. Als vaterlos gelten auch uneheliche Kinder. Nur wenn der überlebende Ehemann erwerbsunfähig war und ist und die verstorbene Ehefrau den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, steht den Kindern Waisentrente und dem Ehemann Witwenrente zu. Waisentrente wird auch dann gewährt, wenn zur Zeit des Todes einer versicherten Ehefrau die Ehe nicht mehr bestand oder der Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der Familie entfernt hat und seiner Unterhaltspflicht nicht nachgekommen ist, solange sie bedürftig sind. Gleichfalls für die Dauer ihrer Bedürftigkeit haben auch die elternlosen Enkel eines Versicherten Anspruch auf Waisentrente, wenn der Versicherte ihren Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat.

Witwengeld und Waisenaussteuer sind einmalige Unterstellungen. Erstere ist fällig beim Tode des Versicherten, letztere bei Vollendung des 15. Lebensjahres. Beide werden nur

gewährt, wenn, wie bei der Rente der Verstorbene beim Eintritt des Todes Anspruch auf Invalidenrente hatte und außerdem die Witwe bei Fälligkeit der Bezüge selbst versichert und bereits Anspruch auf Invalidenrente erworben hat. Anspruch auf Waisenaussteuer kann folglich eventuell noch nach dem Tode des Versicherten erworben werden.

Ein Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge besteht nicht, wenn der Versicherte vor dem 1. Januar 1912 gestorben war oder, wenn er zwar später gestorben ist, an dem genannten Tage aber bereits invalide war und inzwischen die Erwerbsfähigkeit nicht wieder erlangt hat.

Das Heilverfahren, die populärste Einrichtung der ganzen Versicherung, bleibt eine freiwillige Leistung. Die Versicherungsanstalt kann (muß nicht) ohne Rücksicht auf die Anzahl der verwendeten Beitragsmarken ein Heilverfahren einleiten, um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität abzumildern. Bei Verheirateten und sonstigen Angehörigen des Haushalts seiner Familie ist deren Zustimmung erforderlich. Entzieht sich ein Erkrankter ohne gesetzlichen oder sonstigen triftigen Grund dem Heilverfahren, so kann unter Umständen die Rente auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden. Eine Ausdehnung hat das Heilverfahren insofern erfahren, als es auch bei Witwen angewendet werden kann. Das bezieht sich indessen nur auf solche Witwen, deren Ehemänner die Voraussetzungen für eine Invalidenrente erfüllt hatten.

Ferner kann die Versicherungsanstalt dem Rentempfänger auf Antrag in einem Invalidenheim, Waisenhaus oder einer ähnlichen Anstalt unterbringen und dafür die Rente ganz oder teilweise einzahlen.

Aus Amerika.

Kollege S. Schade, der früher in verschiedenen deutschen Landesteingebieten gearbeitet hat, schreibt uns aus San Francisco folgendes:

„Ich habe jetzt meine Arbeitsstelle gewechselt. Die Reise von Atlanta (Georgia) nach San Francisco (California) war etwas über 3000 englische Meilen und nahm eine ganze Woche mit der Bahn in Anspruch. Für Verheiratete, welche einen eigenen Pferd haben, ist solch eine Reise sehr kostspielig. Entweder schickt man die Möbel als Fracht und bezahlt dann auf der Bahn ebensowiel, als dieselben überhaupt wert sind, oder verkauft sie für etwa 10 Prozent des Einkaufspreises. Also, man verliert auf einer Seite soviel wie auf der andern. Ich kostete die Reise mit Frau und zwei Töchtern etwa 2000 Mark, doch war die Reise sehr abwechslungsreich. Es gibt nur eine Klasse und Millionär und Bettler wohnen in demselben Abteil. Natürlich hat man alle modernen Bequemlichkeiten, Wohnzimmer, Schlafwagen, Speisewagen usw. Der Ritt führte mich durch folgende Länder: Alabama, Louisiana, Texas, Mexiko, Arizona und California. Teile von Texas, Mexiko und ganz Arizona gleichen einer Wüste. In letzterem steigt das Thermometer bis auf 100 Grad Fahrenheit. Daß da weder Baum noch Strauch wachsen kann, kann man sich wohl lebhaft denken. Niemand kann existieren. Ein ganz andres Bild bietet uns jedoch California. Obgleich brennend heiß und trocken im Sommer wie Arizona, so kann man doch bald nach Betreten desselben herrliche Apfelsinenfelder und Weinbergen erblicken. Den ganzen Sommer hindurch, vom April bis November oder Dezember, gibt es keinen Tropfen Regen. Doch California ist immerhin wasserreich, hat viele Flüsse und Seen, und da wird das Wasser ins Land geleitet und Frucht- und Gemüseselder werden damit bewässert. Man nennt das Irrigation. Das Klima hier ist sehr mild. California ist das Land des ewigen Frühlings, die Bäume grünen und die Blumen blühen jetzt sehr schön, indem die Regenzeit eingeseht hat. Nun werden auch die Berge noch grün. Frucht und Gemüse gibt es das ganze Jahr hindurch, und die Bäume hängen zurzeit voll von Apfelsinen. Außerdem gedeihen noch Zitronen, Mandeln, Pfirsiche und dergleichen.

Als ich in San Francisco ankam (es war Sonntag), kam es mir vor, als wandelte ich wieder in den Straßen von Paris. Denn meine ich nun nicht, daß die Straßen hier die Pariser Boulevard darstellen; ich meine das Leben in San Francisco. Man kennt die Sonntagsruhe hier ebensowenig wie in Paris. Sogar Fischen und Jagen kann man am Sonntag. Wein ist billiger als Bier, und man bekommt ersteren schon für 30 Pfg. den Liter. Die Stadt hat etwa soviel Einwohner wie Hamburg. Die San-Francisco-Bai zieht sich tief ins Land hinein mit einer Biegung und bespült uns daher von zwei Seiten. Der Stille Ocean grenzt an die dritte Seite. Da man nun hier nicht solche Mietkloster für Arbeiterwohnungen bauen wie in Deutschland, so nimmt die Stadt selbstverständlich einen großen Flächeninhalt ein. Von meiner Wohnung, auf der Spitze eines Berges gelegen, kann man die blaue Bai überschauen. Das Gute was man in den meisten Städten Amerikas hat, sind die Arbeiterwohnungen. Kleine Häuser mit 4 bis 6 Zimmern, Badezimmer usw. Solch ein kleines Haus habe ich auch hier wieder. Neuyork und Chicago sind damit aber nicht inbegriffen. Diese Städte haben dieselben Mietkloster aufzuweisen wie Wien und Berlin.

Was die Steinhauerei in San Francisco angeht, so ist die selbe hier besser als wie in den Südstaaten. Fertige Arbeit von außerhalb wird gar nicht hereingelassen; in dieser Sache werden wir vom Bauhandwerkerverband unterstützt. Die Steinarbeiter gehören demselben auch an, und wenn Streitigkeiten entstehen mit den Arbeitgebern, wird der ganze Bau zum Stillstand gebracht. Ich muß gestehen, hier an der Küste sind die Handwerker besser organisiert als im Osten und Süden. Auch die Löhne sind höher. Dabei hier die Stunde 50 Pfg. mehr als in Atlanta, nämlich etwa 2.60 Mk., das macht in 8 Stunden gerade 21 Mk. Augenblicklich befinden wir uns in einer Lohnbewegung. Wir wollen 30 Pfg. die Stunde mehr haben. Zum 1. April 1912 soll die Erhöhung in Kraft treten. Ob wir die Erhöhung nun ohne Streik erhalten werden, wird die Zeit ja mit sich bringen. Vor fünf Jahren, gleich nach dem großen Erbeben, wollten die Steinarbeiter den Lohn um 50 Pfg. die Stunde erhöhen. Die Arbeitgeber boten 25 Pfg. die Stunde, doch wurde dies abgelehnt. Zu guterletzt ging der Streik noch verloren und die Kollegen mußten ohne irgendwelchen Lohnzuschlag die Arbeit wieder aufnehmen. Wir haben große Hoffnung hier, da 1915 ja die Weltausstellung in San Francisco stattfinden soll. Bei dieser Gelegenheit soll der Panamalanal eingeweiht werden. Ich bin nun schon sieben Jahre in Amerika. Es wird überall schwer gearbeitet, doch in San Francisco wird am meisten geschuftet. Ein Fremder bleibt nicht lange hier. Ein Kollege von Neuyork fing eines Morgens um 8 Uhr an, um 9 Uhr (eine Stunde später) sah ich, wie der Folter das Geld auf den Stein des Betreffenden klopfte. Er war entlassen. Ein anderer war einen Tag da, dann wurde er ebenfalls entlassen. Um mit den Verhältnissen vertraut zu werden, dazu wird dem Menschen gar keine Zeit gegeben. Doch mein Brief wird ziemlich langweilig. Ich will nur noch über die Gebrüder Mac Namara ein wenig wichtige Punkte berühren. Einer davon war Sekretär des Bräutigamsverbandes und beide waren angeklagt, das Times Building in Los Angeles (California) in die Luft sprengen zu haben. Die organisierten Arbeiter Amerikas glaubten dieselben aber unschuldig, und wir hatten etwa 1 Million Mark gesammelt für die Verteidigung. Seit acht Wochen war die Verhandlung schon im Gange, doch es waren während dieser Zeit erst neun Schöffen ausgesucht worden. Eines Tages hieß es dann, daß ein Detektiv, im Dienste der Angeklagten, mehreren Schöffen Bestechungen in Höhe von 10 000 Mk. angeboten hatte. Aber schon den nächsten Tag erhielten wir die Nachricht, daß die Gebrüder Mac Namara ein Bekenntnis abgelegt hätten. Das war ein schwerer Schlag für die Arbeiterorganisationen, doch noch schwerer für die Sozialdemokraten, da ein paar Tage darauf Stadtwahlen in Los Angeles stattfinden sollten. Doch nach dem Bekenntnis der beiden wußte jeder, daß die Wähler für die Arbeiter verloren gehen würden. Und so kam es auch. Einen großen Teil der Niederlage sollen auch die Frauen verschuldet haben, welche erst vor kurzem das Stimmrecht in California erhielten. Es wird behauptet, daß über 75 Prozent derselben gegen den Sozialisten gestimmt haben. Von diesem infamen Streich der Gebrüder Mac Namara wird sich die hiesige Arbeiterschaft so schnell nicht wieder erholen. — Los Angeles könnte die weitfortgeschrittenste Stadt der

Am 12. Januar ist Wahltag! Jeder wahlberechtigte Steinarbeiter soll sein Stimmrecht ausüben. Der schwarzblaue Block muß niedergezwungen werden. Für die Sache des arbeitenden Volkes tritt nur die Sozialdemokratie ein. Kollegen, stimmt deshalb für die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Welt sein. Sie wurde von den Spaniern gegründet. Es gibt keine Stadt, welche mehr von der Sonne geküßt wird wie Los Angeles. Aber das Unternehmertum ist äußerst rückgrig.

Ich hoffe nur noch, daß auch in Zukunft der Deutsche Steinarbeiterverband blühen und gedeihen möge. Die Fortschritte desselben in den letzten Jahren sind unverkennbar.

Die Frankfurter Marmorindustrie.

Es wird wohl wenige Erwerbsgruppen geben, die unter ungünstigeren Gesundheitsverhältnissen zu arbeiten gezwungen sind, als wie die Steinarbeiter. Ist doch die durchschnittliche Lebensdauer der Steinarbeiter in Deutschland statistisch auf zirka 33 Jahre festgestellt worden. Kommt nun noch ein geringer Verdienst und die in den letzten Jahren allgemein beobachtete Arbeitslosigkeit dazu, so ist das Situationsbild der Steinarbeiter vollständig. Und für Frankfurt trifft dies alles in einem so außergewöhnlichen Maße zu, daß es höchste Zeit ist, an eine ernsthafte Besserung der bestehenden Verhältnisse zu denken. Wie blutiger Hohn mutet es an, daß die teuerste und luxuriöseste Stadt Deutschlands in unserem Beruf um 15 bis 20 Pfg. niedrigere Stundenlöhne aufweist als wie Berlin und Hamburg.

Sind nun in der Sandsteinbranche die Organisationsverhältnisse gute zu nennen, so kann man dies von der Marmorbranche keineswegs behaupten. Eine solche Euthargie wie unter den Kollegen der letzteren trifft man nur selten. Ihrer Menschen- und Arbeiterrechte werden sich diese Kollegen gar nicht bewußt; die Meinungen, dauernde Arbeit zu haben, läßt jede freie Entfaltung ihrer Kräfte und schuf im Laufe der Jahre ein Parastentum, das jeder Beschäftigung spottet. Hier bewahrheitet sich wieder der Satz, daß je gedrückter und schlechter die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ist, um so unfreier und knechtischer dieselben in der Betätigung ihres Willens sind.

Aber wie überall, so bringt auch hier die moderne Entwicklung eine Umwälzung. Sowohl in der Möbel-, oder besser gesagt, reinen Marmorbranche, als auch in den Grabsteingeschäften ringt sich allmählich die mehr kaufmännische Betriebsführung durch. Und nunmehr Kollege, der sich schon zum „verbrieften Inventar“ rechnete, wird zu spät einsehen, daß ihn auch das „patriarchalische Verhältnis“ nicht retten kann, daß er einmal einer besseren Kraft weichen muß. Die tatsächliche Lage der Dinge läßt mit Sicherheit auf eine solche Entwicklung schließen. Im Frühjahr werden heute eingestell, im Herbst wieder entlassen; vorhandene Aufträge werden der Verbilligung halber in den Bruchgebeten angefertigt. Und an all diesen Anzeichen geht ein großer Teil der Marmorarbeiter teilnahmslos, fast möchte man sagen stumpfsinnig vorüber. Der wirtschaftliche Druck lastet so schwer auf ihnen, daß sie tatsächlich nicht zur Erkenntnis ihrer schlechten Lage kommen, oder dieselbe höchstens durch etliche Ueberstunden in der Saison zu verbessern suchen. Hier muß aber auch die Unwissenheit vieler organisierter Kollegen entschieden verurteilt werden. In die Versammlungen kommen sie nicht, um ihre Arbeitskollegen kümmern sie sich bestenfalls einmal in „Privatangelegenheiten“ — kurz, man lernt dieselben meistens nur in einer Lohnbewegung kennen. Und dabei spielt eine ganze Anzahl in der näheren und ferneren Umgebung Frankfurts in Parteikreisen als „aufgeklärte“ (1) Arbeiter eine führende Rolle.

Was aber am meisten zu denken gibt, ist die Tatsache, daß diese Zustände nicht etwa das Reservatrecht einzelner Firmen sind, sondern daß sie sich auf die gesamte Marmorbranche erstrecken; müßten wir doch in letzter Zeit bereits alle größeren Betriebe in der Deffenlichtkeit Revue passieren lassen. Die Unternehmer lassen sich ins Häuptchen; denn sie verstehen es meisterhaft, aus dieser Situation Vorteil zu ziehen und glänzende Geschäfte zu machen. Gerade die Firma „Rieser“ hat in ihrer hiesigen Filiale eigenartige Geschäftspraktiken und auf die Dauer ganz unhaltbare Zustände. Man behauptet nicht zu viel, wenn man diese Firma mit einem Laubenschlag vergleicht. Ist Arbeit vorhanden, so werden recht viel Leute eingestellt. Um ja recht schnell fertig zu werden, müssen die Kollegen Ueberstunden machen. Die meisten der bei ihr beschäftigten Kollegen arbeiten andauernd auf Bauten und haben demzufolge Anspruch auf die tariflich vereinbarte Tageszulage von 60 Pfg. Diese Zulage zahlt die Firma auch aus, aber dann entlohnt sie die Kollegen mit 50 bis 54 Pfg. pro Stunde und rechnet ihnen vor, daß sie durch die Zulage auch auf 60 Pfg. Stundenlohn kommen. Die im Tarif festgesetzte Tageszulage von 2 Mark nach auswärts mußte im letzten Frühjahr von einem Kollegen gewerbegerichtlich eingeklagt werden.

In sanitärer Beziehung steht es ebenso aus; da wird u. a. der Schmutz aus der Werkstätte anscheinend nur weggeschafft, wenn der Direktor einmal zu Besuch kommt. Ebenso wäre es empfehlenswert, wenn die Firma den an der Schwärze befallenen Kollegen Segeltuchschutzhüllen stellen wollte; denn zur Erhaltung der Gesundheit trägt es jedenfalls nicht bei, wenn man bei der Arbeit auch noch völlig durchnäßt wird. Für Herrn Kommerzienrat Gröner würde sich unser Erachtens hier ein ziemlich weites Feld sozialer Betätigung bieten.

Aber all diese Mißstände könnten nicht in dem Maße vorherrschen, wenn es den hiesigen Firmen nicht immer wieder gelingen würde, Arbeitskräfte aus dem Rahetal (hauptsächlich Willmar und Umgegend, dieser Hochburg gewerkschaftlichen und politischen Indifferentismus) heranzuziehen. Diese Leute meinen wunder, was sie in Frankfurt verdienen, wobei sie aber 10 und 11 Stunden arbeiten und auf diese Weise recht ungnädig auf die Löhne in der Marmorbranche einwirken. Schon jahrelang leiden wir hier unter dieser Kalamität.

Die reisenden Kollegen bitten wir, uns nach Kräften zu unterstützen, und besonders Arbeitsangeboten nach dem Eldorado Frankfurt a. M. in Zukunft etwas skeptischer gegenüberzustellen. Für die Frankfurter Kollegen kann es aber nur die eine Parole geben: alle Kraft anzubieten und den letzten Mann der Organisation zuzuführen. L. P.

ergeht er sich dann schließlich in der verletzenden und drohenden Drohung: „Wem's nicht paßt, der kann gehen.“

Das ist in solchen Situationen das Alpha und Omega der Unternehmervirtschaft. Oftmals führt auch dieser beliebte Trick zum Ziele. Der Arbeiter steht vor der Alternative, sich entweder dem Machtgebot des Unternehmers zu fügen, oder aber eine mitunter recht langandauernde Arbeitslosigkeit durchzulösen. Da wählt er dann oft das erstere. Es kommt aber auch nicht selten vor, daß der Arbeiter den guten Geschäftsgang ausnützt und wirklich „geht“. Und oft gehen dann auch alle andern im Betriebe beschäftigten Arbeiter mit. Dann hat der Unternehmer den Schaden und er sieht sich gezwungen, im Interesse des Profits nachzugeben. Und nach solcher eindringlichen Lehre wird er sich hüten, in späteren Zeiten das böse Wort in gleicher leichtfertiger Weise einem Arbeiter entgegenzuschleudern. An seinem Geldbeutel ist der Unternehmer am ehesten zu kurieren.

Das gleiche vom Hochmutsdünkel diktierte Nachwort fällt auch nicht selten bei andern Gelegenheiten. Oftmals wenn die Arbeiter oder Arbeiterinnen eines Betriebes verkürzte Arbeitszeit beanspruchen und vor allem auch, wenn sie die Verbesserung von Betriebsbedingungen fordern. Einer Verkürzung der Arbeitszeit steht der Unternehmer wohl stets ablehnend und feindselig gegenüber. Er weiß ganz genau, daß dann nach ehernen nationalökonomischen Grundgesetzen auch der Lohn steigen muß. Deshalb sträubt er sich mit Händen und Füßen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Er lehnt schroff ab. Wem's nicht paßt, der kann gehen.“ Oftmals sind dann die Arbeiter dieser unhöflichen Einladung nachgegeben. Und ihre Organisation setzte es durch, daß die Arbeitszeit verkürzt wurde. Dort, wo einst uneingeschränkte Arbeitszeit herrschte und damit die schrankenlose Ausbeutung, sind heute geregelte Arbeitsverhältnisse entstanden, und zwar kraft der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Proletariats.

Doch wir sprachen soeben auch von den Forderungen der Arbeiter, die auf die Verbesserung von Betriebsbedingungen hingen. Solcher Forderungen wären wohl in fast allen Betrieben viele zu stellen, sei es in hygienischer, sei es in arbeitserleichternden Hinsicht. Und hier liegt es oft nur am guten Willen des Unternehmers, diese Mißstände abzustellen. Das, was die Arbeiter hier fordern, kann manchmal sogar, vor allem, wenn es sich um betriebstechnische Verbesserungen oder Verbesserungen handelt, auch dem Unternehmer einen Gewinn bringen, denn die Arbeiter werden dadurch leistungsfähiger. Wer gerade in solchen Fällen beobachtet man nicht selten, daß unter der arbeiterfreundlichen Schirmherrschaft des Unternehmers sich nur zu oft nichts weiter als nackter Herrenbündel verbirgt. Da kommt dann das „Arbeitgeberprinzip“ in Frage. So lange die Arbeiter sich buken und widerspruchlos mit allem vorlieb nehmen, schmimmt auch das Antlitz des „Vorgesetzten“ in patriarchalischem Glanze. Wenn sie aber — und sei es auch nur in aller Bescheidenheit — etwas fordern, dann ändert sich das friedliche Bild und der Unternehmer rüst sich ins Gedächtnis, daß er „Herr im Hause“ sei. Was hat der Arbeiter in betriebstechnischen Fragen mitzureden! Wie kann er sich erdreisten und sich über mangelhafte Betriebsbedingungen mokieren! Der Arbeiter hat „aufrieben“ zu sein und sollte eigentlich seinem Schöpfer danken, daß er einen solchen „humanen und väterlich sorgenden Arbeitgeber“ gefunden hat. Und dann fällt auch bald das böse, tiefverletzende Wort, das angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Arbeiters diesem so ungemiein apfisch und brutal in die Ohren klingt und ihm über die Selbstherrlichkeit des bisher für lieblich human gehaltenen Mannes die Augen öffnet: „Wem's nicht paßt, der kann ja gehen.“

Ein Unternehmer, der auf eine einigermassen vornehme Gesinnung hält, bedient sich dieser verletzenden Anspruchsweise nicht. Er weiß und empfindet, auch der Arbeiter hat sein Ehrgefühl und muß sich tief verletzt fühlen, wenn man ihm diese mißachtenden Worte entgegenstößt. Daß sie also noch viel in Unternehmertreffen gebraucht werden, ist nur ein Beweis dafür, daß es mit der wahrhaft vornehmen Gesinnung vieler Unternehmer nicht weit her sein kann.

Vor allem belieben Arbeitgeber mit diesem berüchtigten Anspruch zu jonglieren, wenn sie wissen, daß hinter den bei ihnen beschäftigten Arbeitern keine oder eine nur mangelhafte Organisation steht. Sie wissen, dann können sie den Arbeitern eine solche herabwürdigende Behandlung widerspruchslos bieten. Ist aber eine gute und straffe Gewerkschaftsorganisation vorhanden, dann ist man oftmals darüber erstaunt, mit welcher Zuverlässigkeit und Höflichkeit der Unternehmer den Arbeitern entgegentritt. Er weiß nämlich, hinter den Arbeitern steht eine nur schwer zu ignorierende Macht: ihre Organisation. Diese nötigt ihn wohl oder übel die auch den Arbeitern gebührende Achtung ab. So erzieht die Gewerkschaftsorganisation nicht nur die Arbeiter zu erhöhtem Kraftgefühl und Selbstbewußtsein, sondern sie erzieht auch oftmals widerhaarige und unhöfliche Unternehmer zu einer menschenwürdigen und achtungsvollen Behandlung der Arbeiter.

Die Arbeiter aber sollten ihre gewerkschaftliche Organisation immer mehr schätzen und lieben lernen. Auch diese Abhandlung zeigt in ihrem engen Rahmen den großen Wert der Organisation. Nicht nur, daß diese dem Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen in der Lage ist, sie gibt ihm auch die Kraft, um fittigen und unhöflichen Uebergriffen der Unternehmer entgegenzutreten und sie erfolgreich abzuwehren zu können.

Und noch eins. Wir sagten vorhin, daß das häßliche Wort: „Wem's nicht paßt, der kann gehen“, dem Unternehmerrhochmut entspringt und diktiert wird von dem Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters. Sorgt dafür, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis verschwindet! Viel kann hierin die gewerkschaftliche Organisation tun, darum steht zu ihr in steter Erenue. Aber reiflos wird dieses Abhängigkeitsverhältnis erst ausgeremert, wenn die heutige kapitalistische Gesellschaftsform durch die sozialistische ersetzt ist! In einem sozialistischen Gemeinwesen greifen alle Nerven des Wirtschaftsbetriebes in gleichem Interesse für das allgemeine Volkswohl ineinander und die Arbeit als die Erzeugerin aller Mehrwerte und aller Kultur wird dann hochgeachtet und ist nicht mehr das Aushenbrödel des kapitalistischen Staates. Und der verletzende und jeder natürlichen Menschenwürde ins Gesicht schlagende Ausdruck: „Wem's nicht paßt, der kann gehen“, ist dann zur reinen Unmöglichkeit geworden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus dem Verbande wurden ausgeschlossen: In Nürnberg: Eduard Böhn (Verb.-Nr. 26080), Andreas Deppert (Verb.-Nr. 26143) und Friedrich Köfller (Interimslisten-Nr. 36884). In Andlau: Schmied Rudolf Gabbian, geboren in Benedig.

Korrespondenzen.

Menz. Am 31. Dezember 1911 wurde unsere diesjährige Generalversammlung bei Genossen Jakob Petric abgehalten. Da etliche Kollegen mit Parteifachen beschäftigt waren und einige in andern Vereinskassen tätig waren, so war die Versammlung etwas schwach besetzt. Da nun im 1. Punkt die Einnahmen und Ausgaben verlesen wurden und die beiden Revisoren bestätigten, daß sich Kasse und Bücher in bester Ordnung befinden, so wurde unserm Kassierer, Kollegen Ohjel, lobende Anerkennung für seine tadellose Durchführung ausgesprochen und Deghage erteilt. Zum 2. Punkt, Neuwahl der Vorstandsmitglieder, wurde von den anwesenden Kollegen die Meinung ausgesprochen, daß die Wahl überflüssig sei, es seien die alten Vorstandsmitglieder beizubehalten, da diese mit der Sache vertraut sind und sich als tüchtig erwiesen hätten. Am Anfange des Jahres 1911

zählte unsere Zahlstelle 29 Mann und am Schlusse 69 Mitglieder. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Im Punkt Berichtsbeneh kritisierte unser Vorsitzender, daß einige Kollegen sich gegenseitig Bemerkungen zurufen, die nicht kollegial sind.

Gera. Der Streik bei der Firma Korb u. Löpelmann dauert unverändert weiter. Die Firma versucht nun, unorganisierte Arbeiter anzuwerben, was aus dementsprechenden Inzeraten hervorgeht. Ein Kollege machte sich nun den Spaß und frug, sich auf ein Inzerat stützend, bei Löpelmann um Arbeit an. Unserm Kollegen ging nun folgender Bescheid zu:

„Wir reflektieren auf nur tüchtige solide Leute, welchen wir dauernde Beschäftigung im Sommer und Winter bei gleichmäßiger täglicher 9½stündiger Arbeitszeit gewähren, ferner lassen wir nur im Stundenlohn arbeiten und zahlen 50—55 Pfg.; Werkzeug und Schärfe ist frei bezw. wird von uns kostenfrei gestellt. Das Jahrgeld, welches vierter Klasse zirka 10 Mark beträgt, würden wir Ihnen nach Antritt vergüten und könnte Ihr Antritt sofort erfolgen.“

Wenn Sie nach Gera kommen, fahren Sie mit der Straßenbahn nach Harnisch Lokal und melden sich beim Wirt, wir lassen Sie dann dort abholen, für Logis werden wir inwäsend sorgen.

Geben Sie uns noch sofort per Karte Nachricht, zu welcher Zeit Sie hier eintreffen, in Erwartung dessen zeichnen

Achtungsvoll Korb u. Löpelmann.“

Es wird der Firma kaum gelingen, Arbeitswillige in genügender Anzahl anwerben zu können. Wenn vor dem Streik ein Steiner oder Schleifer beim Arbeitsantritt das Jahrgeld verlangt hätte, der wäre schon ausgelacht worden. Der Hinweis auf die Beförderung des Logis ist ja auch kühnlich. Die Firma entfaltet ja ein recht großes Wohlwollen für eventuelle Streikbrecher.

Häslig. Unsere Versammlung am 30. Dezember war sehr gut besucht. Kritisiert wurde, daß ein Kollege entlassen werden sollte, wahrscheinlich deshalb, weil er Funktionär unsres Verbandes ist. Es muß schon betont werden, daß wir uns eine solche Behandlung nicht gefallen lassen können. Das geht nicht, daß man uns die Koalitionsfreiheit nimmt. — Der Aufmerksamkeit eines Kollegen ist es zu verdanken, daß beim Schießen nicht ein größerer Unglücksfall passierte. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in den hiesigen Steinbrüchen die Unfallverhütungsvorschriften besser durchgeführt würden. Auf dringenden Wunsch der Zahlstelle war Kollege Beyer aus Demitz erschienen, um uns einen Vortrag über die Tarifbewegung zu halten. Scharf kritisiert wurde aus Kollegenkreisen, daß die Unternehmer mit der Tarifunterzeichnung so große Winkelzüge machen. Es wurde ausgeführt, daß ein solches Beharren äußerst kleinlich genannt werden muß. Wenn die Herren Unternehmer denken, mit einer solchen Kadefstpolitik den Steinarbeiterverband schwächen zu können, so irren sie sich.

Hausberge. Am Freitag, den 22. Dezember 1911 sollten bei der Firma Michelson sämtliche Kollegen ihre Abkehr holen. Auf Grund dessen marschierten nun die Kollegen zum Kontor. Hier waren die Papiere schon so gelegt, daß jeder die seinigen von weitem erkennen konnte. Nur das Auslösen nahm einige Zeit in Anspruch. Bei der Abfertigung des dritten Kollegen wurde Besuch gemeldet, worüber Herr Michelson, äußerlich angesehen, nicht recht froh war. Aber wie erpaut waren wir, als wir beim Eintreten des Besuches den Herrn Baumwetter und noch einen Herrn von der Baukommission und den Herrn Dr. Dietrich aus Minden vor uns sahen. Die Herren waren gekommen, um als Vermittler in der Auslieferungssache zu fungieren. Es wurde nun sehr viel gesprochen, auch einige Vorschläge zur Einigung wurden gemacht. Als dann nach einigem Hin- und Hergerede die Herren den Ernst der Lage erkannten, erklärte sich der Herr Dr. Dietrich bereit, die Zulagen aus seiner Tasche zu bezahlen. Er ersuchte den Herrn Michelson, das Angebot gültig entgegenzunehmen zu wollen, was denn mit Dank auch geschah. Maßregelungen sollen von der Firma nicht vorgenommen werden, was für uns ja die Hauptsache ist. Auf Grund dessen sind die Differenzen bei der Firma Michelson mit vollem Erfolg beendet.

Seppenheim (Odenwald). Am 30. Dezember 1911 fand in der Wirtschaft zur Bergstraße unsere Generalversammlung statt, welche sehr schlecht besucht war. Kollege Graber gab den Tätigkeitsbericht. Von einem Kollegen wurde darauf hingewiesen, daß das verfloffene Jahr für unsere Vorstände im Bezirk ein sehr arbeitsvolles war. Er dankte der Vorstandschaft für ihre Mühe; wenn auch nicht alles nach Wunsch einzelner Kollegen gegangen sei, so könnten wir aber mit unserm Vorstand doch zufrieden sein. Ein weiterer Redner legte unserm Vorsitzenden Graber aus Herz, die Wahl nicht mehr anzunehmen, sondern einmal diejenigen Schreier zu wählen, die das ganze Jahr hindurch an der Vorstandschaft herumzörgeln. Die Umschau in der Versammlung aber zeigte, daß diese Kollegen fehlten. Bei der Wahl unsres Vorstands kam folgendes Resultat zustande: 1. Vorsitzender Ad. Winter, 2. Vorsitzender Ad. May, Kassierer Heinrich Helrich, Schriftführer Jos. Neumann, Revisoren Jos. Kraus, Georg Jäger und Georg Reul, Statistiker Franz Hilbrand und Steinarbeiterverbereiter Ad. Bestel. In das Gewerkschaftsprotokoll wurden die Kollegen Fridolin Moosmüller, Kaver Sidar und Kaver Fischer gewählt. Die Reiseunterstützung wird bei Ad. Winter, Wirtschaft zur Bergstraße, ausbezahlt, auch ist dort für billiges und gutes Nachtquartier gesorgt. Dann gab der Kassierer bekannt, daß viele Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. In der Diskussion stellte sich heraus, daß es solche Leute sind, denen der Tarif immer zu schlecht ist. Da sieht man wieder am allerbesten, daß die Opponenten bei allen Gelegenheiten die unzuverlässigsten Mitglieder sind. Wir hatten im Vorjahre den gewaltigen Kampf durchzuführen, der Verband hat seine Schuldigkeit getan, aber nun zeigt sich bedauerlicherweise, daß ein Teil der Mitglieder seinen ihm zugesagten Verpflichtungen nicht nachkommt. So was ist recht traurig. — Nun, Kollegen, arbeitet nur so weiter bis zum 31. März 1913, die Unternehmer werden schon triumphieren.

Hohenleuben. Unsere Generalversammlung tagte am 17. Dezember 1911. Der Besuch war ein sehr guter. Durch das ruhige und sachliche Agitieren hat sich die Zahlstelle sehr nett entwickelt. Auch in Zukunft werden wir uns trotz aller Anfeindung von der Kleinarbeit nicht abbringen lassen. Der bisher bewährte Vorsitzende Reithe wurde einstimmig wiedergewählt. Der bisherige Kassierer lehnte ab, an seine Stelle tritt Kollege Köfker. Im Punkt Berichtsbeneh wurden einige berufliche Mißstände besprochen. Besonders sind es die Arbeiterchutzvorschriften, welche sehr schlecht durchgeführt werden.

Rünbad. Unsere am 24. Dezember 1911 stattgefundene Versammlung war gut besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Gegenwärtiger Stand unsrer Zahlstelle, gab der Vorsitzende einen interessanten Ueberblick über das verfloffene Jahr. Er erwähnte die stattgefundenen Kämpfe zur Verbesserung unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und stellte die Differenz fest zwischen den im Vertrag festgesetzten Mindestlöhnen und dem gegenwärtig von dem Unternehmer Treutle bezahlten Höchstlohn. Laut Vertrag beträgt der Winterlohn für einen Steiner pro Stunde mindestens 40 Pfg., die Firma Treutle aber bezahlte bloß einen Höchstlohn von 2.10 Mark pro Tag. Also bei 7stündiger Arbeitszeit 30 Pfg. pro Stunde, bei den übrigen Unternehmern ist es nicht viel besser. Schuld an diesen Zuständen ist einzig und allein das laue Verhalten der Kollegen, die mit wahrer Lammegebild alles hinnehmen. Von einem Einschreiten der Organisation in dieser Jahreszeit kann natürlich nicht die Rede sein. So hat die Firma A. Lauchauer nun einigen Arbeiter verlangt, im Accord abzuräumen, obwohl dies laut

Wem's nicht paßt, der kann gehen!

Welcher Arbeiter hat wohl in seinem Arbeitsverhältnis diesen Anspruch noch nicht zu hören bekommen! Dieses häßliche Wort, das den Machtbündel, die Probenhaftigkeit und die Zuchtlosigkeit des Unternehmers so treffend kennzeichnet! Und wie viele Arbeiter haben nicht schon unmittl. und jähnelnrischend die Faust geballt, als ihnen in dieser augenwärtigen und verletzenden Art und Weise ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zu Gemüte geführt wurde!

Die wirtschaftliche Abhängigkeit! Sie ist es, die schwer auf der Arbeiterschaft lastet. Sie ist es auch, die den Unternehmer oftmals zu diesem brutalen Ausschlag verleitet. Da läßt ein Fabrikant eine neue Stückarbeit anfertigen. Er sucht den Preis zu drücken und verläßt, daß er nicht mehr wie angeendet als Lohn für diese Arbeit auswerfen könne. Der Arbeiter sucht mehr herauszuschlagen, er hat nachgerechnet, daß er bei dem Angebot des Unternehmers nur schwer zurechtkommen kann. Er bringt seine triftigen Gegenstände zur Geltung. Er treibt damit den Fabrikanten in die Enge, und da diesem sachliche Argumente zu seiner verpönten Lohnrückerei fehlen,

Vertrag nicht zulässig ist. Anfangs wurde dies Annehmen zurückgewiesen. Bedauerlich ist nur, daß sich einige Anstaltskollegen fanden, die nach dem Wunsch der Kassierer ermahnte die Kollegen in Zukunft pünktlicher wie bisher ihre Beiträge zu entrichten, denn wer von der Organisation Rechte beansprucht, mußte doch auch in erster Linie seine Pflichten erfüllen. Da sich durch die baldige Abreise des Vorsitzenden eine Neuwahl nötig machte, wurde jetzt schon zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten und als erster Vorsitzender der Kollege E. Wied, als zweiter August Speiser gewählt; der Kassierer und der Schriftführer wurden wiedergewählt. In die Kollegen möchten wir noch die dringende Bitte richten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, dem Genossen Richard Dörner aus Karlsruhe ihre Stimme zu geben.

Röding (Orthographiegebiet). Am Sonntag, den 17. Dezember, tagte hier zum erstenmal eine Versammlung der Steinarbeiter. Kollege Meier eröffnete dieselbe, aber sofort erhob sich der dortige Herr Bürgermeister und verlangte Bureauwahl. Der Herr Bürgermeister erhielt dann 45 Stimmen als 1. Vorsitzender, Kollege Meier erhielt 40 Stimmen. Es waren also 85 Besucher zu verzeichnen. Als dann erhielt der Referent Kollege Segenmayer das Wort. In einem 1 1/2 stündigen Vortrage geisterte er in glühenden Worten die Haltung der bürgerlichen Parteien, hauptsächlich des Zentrums. Er schilderte dann den Dörrtötentod. In trefflicher Weise schilderte der Redner den Betrag des Zentrums bei der Rentenversicherung. Aus den Ausführungen konnte man entnehmen, wie Segenmayer mit Bienenfleiß sein Referat studiert hatte. Unter anderem Beseß schloß der Redner. Der Herr Bürgermeister konnte als Gegner mit seiner Rede Eindruck nicht machen. Der Herr Pfarrer versuchte auch sein Glück als Volkredner, doch er hatte wenig Erfolg. Kollege Segenmayer hielt ein klar pointiertes Schlußwort und er entwickelte in prächtiger Redeweise die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung. — Die Steinarbeiter waren über den Verlauf der Versammlung sehr erfreut. Hoffentlich beehrt uns Kollege Segenmayer bald wieder mit einem Referat.

Steinach. Am 24. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt. Erstens wurde über die von der vorigen Versammlung beschlossene Urabstimmung zwecks Einführung einer örtlichen Krankenunterstützung verhandelt. Der Vertrauensmann machte der Versammlung die Mitteilung, daß die Abstimmung abgebrochen werden mußte, da von verschiedenen Kollegen Bedenken laut wurden, unsere Kassierstelle könne dadurch, daß wir noch so jung organisiert sind, Schaden leiden. Es wurden hierauf die von der Verbandsleitung an uns gesandten Statuten von zwei leistungsfähigen Zahlstellen, Strehlen und Striegen, die im Besitze einer solchen Krankenunterstützung sind, vorgelesen. Darauf wurde von einigen Kollegen über die gehegten Bedenken gesprochen und taktische Gründe hierzu ins Feld geführt. Man beschloß, die Abstimmung fortzusetzen und in der nächsten Versammlung die Sache zu regeln. Anschließend hieran wurde dann vom Vorstand der lehrreiche Artikel aus unserm Verbandsorgan: Beharrlichkeit führt zum Ziel, den Kollegen zergliedert.

Rundschau.

Übermalige Abänderung der Bundesratsverordnung. Der Reichsanzeiger enthält folgende Bekanntmachung:

„Auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat beschlossen, den § 10 Abs. 4 der Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhandereien (Steinmehlbetrieben), vom 31. Mai 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 471 und 971) in nachstehender Weise abzuändern:

Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben widerruflich gestatten, daß Arbeiterinnen, die vor dem 1. Juli 1909 bei Abraumungsarbeiten sowie beim Transport oder Verladen von Abraum oder Absatz (Abs. 1, 3) verwendet wurden, bis auf weiteres mit diesen Arbeiten beschäftigt werden.

Die Arbeitgeber, welche auf Grund einer Bewilligung der höheren Verwaltungsbehörde Arbeiterinnen mit den genannten Arbeiten über den 31. Dezember 1911 hinaus beschäftigen wollen, haben den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten bis zum 1. Januar 1912 ein namentliches Verzeichnis dieser Arbeiterinnen unter Angabe ihres Wohnortes und Geburtsortes einzureichen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten sowie den Polizeibehörden ist auf ihr Ersuchen jederzeit Einblick in die Verzeichnisse zu gewähren.

Berlin, 20. November 1911.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Die Unternehmer haben somit mit ihrer Eingabe wieder einen Sieg davongetragen. Die Bundesratsverordnung ist jetzt schon zweimal umgeändert worden. Davon hört man natürlich nichts, daß die Arbeitszeit für die Steinbrecher, Pflastersteinmacher usw. verkürzt werden soll.

Ueber die gegenwärtige Lage der schlesischen Steinindustrie schreibt „Der Steinbruch“: „Im allgemeinen wird bemerkt, daß sich in den einzelnen Zweigen, wie der Granitindustrie, neuerdings eine Belebung des Marktes nicht leugnen läßt, doch seien die Preise in dieser Industrie infolge der andauernden heftigen schwedischen und österreichischen Konkurrenz und den hohen Frachtsätzen der Staatsbahnen äußerst gedrückt. Dieser Preisdruck, der übrigens auf der gesamten Steinindustrie lastet, wirkt auch ungünstig auf die Arbeiterfrage. Die Wahl zwischen der Bewilligung ständig steigender Lohnsätze oder Abwanderung geeigneter Arbeiter vertritt auf die Dauer keine Industrie, besonders wenn sie fortwährend mit dem Preisdruck einer eingeführten von vielen deutschen Behörden ohne Grund bevorzugten Auslandskonkurrenz rechnen muß. Die gesamte schlesische Industrie fordert daher, als nächstliegende Hilfe zu ihrer gesunden Fortentwicklung, Ermäßigung der Frachtsätze, wie letztere von der in den Interessentenverbänden organisierten Steinindustrie gefordert werden. Auch die Förderung der Einführung von Normalformaten in der Pflaster- und Bordsteinindustrie sowie die geforderte Regelung des Submissionswesens würde zur Besserung beitragen. Eine spezielle Förderung durch die Regierung benötigt auch die Sandsteinindustrie, die unter der gegenwärtig herrschenden Vorliebe für Puz- und Kunststein sehr zu leiden hat.“ Diese Schilderung ist sicherlich übertrieben. Im Jahre 1911 herrschte in der schlesischen Granitbranche Hochkonjunktur wie nie zuvor. Wir weisen auf die Betriebe in Strehlen, Sträbel, Hälsich, Raitzhaus usw., wo nicht genug Pflastersteine hergestellt werden konnten. „Der Steinbruch“ vergißt anzuführen, daß einige Unternehmer die „Sperre“ eingeführt haben und so die Arbeiter schonungslos zwingen; daß diese in die Fremde gehen. Doch solche Dinge, welche für die Unternehmer recht gravierend sind, verschweigt „Der Steinbruch“. Soweit wir die Tendenz der genannten Zeitschrift verfolgen können, hat sie die ständige Aufgabe zu erfüllen, die Lage der Steinindustriellen Grau in Grau zu schildern. Berichte, welche objektiv gehalten sind, sind in der genannten Zeitschrift eine Seltenheit.

„Freiwillige“ Beiträge an die Kasse der Bauhüttenmacher. Vom rheinisch-westfälischen Bezirk des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wird zurzeit folgendes interessante Zirkular verbreitet:

Zur gefälligen Beachtung!
Um für die Folge Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe nach Möglichkeit zu vermeiden, ist die Schaffung eines Wehrschutzes in dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschlossen.

Da nun die Arbeitgeber des Baugewerbes nicht allein, sondern auch die Baumaterialienhändler und Lieferanten großes Interesse an dem Frieden im Baugewerbe haben, so kann den Arbeitgebern des Baugewerbes nicht zugemutet werden, neben den erheblichen Beiträgen hierfür allein das Geld für den Wehrschutz aufzubringen. Es ist daher vereinbart, daß die Baumaterialienhändler und Lieferanten zur Aufsammlung des Wehrschutzes bei-

tragen, indem sie vom 1. Januar nächsten Jahres ab ein Prozent des Rechnungsbetrages in Form einer Marke, die bei der Geschäftsstelle Essen, Kaiserstraße 86, zu haben ist, und jedesmal auf die Rechnung zu legen ist, als Rabatt gewähren.

Unsre Mitglieder wollen Waren nur von den Lieferanten beziehen, die in der oben erwähnten Weise die allgemeine Sache des Baugewerbes unterstützen.

Für die Lieferanten heißt es da einfach: „Vogel, fröh oder kirch!“ Dieselbe Gesellschaft aber, die ihre Kassen auf solche bedenklich nahe an Erpressung grenzende Weise füllt, wird nicht müde, über den angeblichen Lottoreizismus der Arbeiter zu schreien und gegen sie Zuchtstrafen zu verlangen. Die Bauarbeiter aller Berufe werden aus dem Zirkular des Bauhüttenmacherverbandes folgenden Antriebe entnehmen, auch ihre Organisation so stark und schlagkräftig zu machen wie nur möglich.

Submissionsblüte. Zum Erweiterungsbau des Leipziger Johannis-Hospitals wurden etwa 340 Kubikmeter Werksteine aus Postaer Sandstein ausgeschrieben. Die Submission fand nun am 29. Dezember statt und es wurden unter andern folgende Offerten abgegeben:

Knorr, Leipzig	50 577.— M.
A. Lehmann,	48 266.— "
Rob. Schenker,	46 304.— "
Winterfeld, Wittenberg	40 565.— "
C. F. Förster, Riesa	36 080.— "

Die Steinmehrer im Postaer Sandsteingebiet werden mit Interesse davon Kenntnis nehmen, daß die Firma Förster in der Lage ist, so billig liefern zu können. Bei den Verhandlungen über den Normaltarif erklärten nämlich die Unternehmer aus dem Bezirk Pirna-Posta zum wiederholten Male, sie könnten die von den Arbeitern verlangten Prozentschläge nicht bewilligen. Und jetzt müssen wir erleben, daß bei einer Submission von 340 Kubikmetern zwischen der Firma Förster und den Leipziger Steinmehrgewerkschaften gleich eine Mindestdifferenz von circa 10 000 Mark entsteht. — Wir haben laut genauer Unterlagen selbst prüfen können, daß die Angebote der Leipziger Meister nicht zu hoch sind. Ja, beim Angebot des Steinmehrgewerkschaften Schenker (46 304 Mark) müßte es überhaupt während der Arbeitsherstellung vorzüglich klappen, wenn auch nur ein unbedeutender Gewinn herausspringen sollte. Wir bemerken ausdrücklich, daß es sich bei der Submission nur um einfach gehaltene Werksteine handelte, die Kalkulation deshalb besonders sicher gestellt werden konnte.

Die Zahlungen eingestellt hat die Firma Schönwetter in Hälsich (Paus). Etwa 70 Steinarbeiter mußten an den Feiertagen das traurige Erlebnis machen, daß ihnen der Lohn nicht ausbezahlt werden konnte.

Aus einem wilden Lande. Wir meldeten kürzlich, daß in Mannheim zwei Steinarbeiter als Schöffen ausgelost wurden. Nun können wir heute weiter mitteilen, daß Kollege D. v. r a u n in Karlsruhe ebenfalls als Schöffe in Zukunft fungieren wird.

Warum erhalten wir keine Antwort? Vor acht Wochen hatten wir Gelegenheit, einen Artikel der Monatschrift für die Steinbruchgenossenschaft richtigstellen zu können. In dem Artikel wurde gesagt, daß die sächsische Hartsteinindustrie danielberglage und daß es im Königreich Sachsen Städte gebe, welche beim Wettbewerb einheimisches Pflastermaterial nicht zulassen würden. Wir stellten dann laut Umfrage fest, daß in den Brüchen mit Hochdruck produziert wird und daß die Vorräte völlig verkauft sind. Weiter zweifelten wir die Wichtigkeit der Meldung wegen der Bevorzugung ausländischer Materialien an. Heute ist uns auf unsre Anfrage noch kein Bescheid geworden. Das genannte Blatt hat die Sprache mit den ausgeputzten Behauptungen nun vollständig verloren. Wir müssen uns darüber wundern, daß es die Unternehmer immer wieder wagen, die Deffentlichkeit mit direkt falschen Behauptungen zu speisen. Im Reichstage sind ja die Pflastersteinmehrer schon mächtig heraufgelesen; wir erinnern nur an die Reden, welche die antisemitischen Abgeordneten Berner (Sachsen) und Gräfe (Wischowswerda) gehalten haben. Jene Herren machten damals detaillierte Ausführungen über die Steinindustrie, welche recht große Ungenauigkeiten enthielten. Wir ersuchen heute nochmals um klare und deutliche Antwort, wie die Städte im Königreich Sachsen helfen, welche einheimisches Gesteinsmaterial bei Submissionen nicht zulassen. Die Monatschrift will als tonangebendes Blatt in der Steinindustrie gelten, da wird sie sich um eine Beantwortung der gestellten Fragen nicht herumdrücken können.

Eine traurige Bilanz.

Im Jahre 1910 ist die Zahl der strafgerichtlichen Verurteilungen von Jugendlichen achtmal so stark gestiegen als die der überhaupt Verurteilten. Es sind 51 309 Jugendliche gegen 49 703 im Jahre 1909 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt worden. Der Rückgang im Jahre 1909, der 8,9 v. H. betragen hatte, war also nicht von Dauer. Am größten war der Anteil der Jugendlichen an den Verbrechen gegen das Vermögen; der Diebstahl spielt hierbei die Hauptrolle. Am schwersten Delikt sind die Jugendlichen sogar mit 28,3 v. H. aller Verurteilten bestraft. Die wiederholt rückfälligen Jugendlichen zeigen beim Diebstahl allerdings einen wesentlichen Rückgang, vermutlich, weil die Fürsorgeerziehung für diese Jugendlichen eintritt, die ja einer dauernden Einperrung gleichkommt. Sehr stark ist der Anteil der Jugendlichen an der Brandstiftung, und zwar an der vorläufigen mit 31, an der fahrlässigen mit 18 v. H. aller Verurteilten. Auch der Anteil der Jugendlichen an den Verurteilungen wegen Sittlichkeitsverbrechen, namentlich auch an solchen gegen die Natur, ist sehr stark gestiegen. Dagegen sind wegen Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder die Religion nicht nur sehr wenig Jugendliche beteiligt, sondern ihre Zahl ist auch von 2,2 v. H. im Jahre 1909 auf 2,1 v. H. zurückgegangen. Diese amtliche Statistik zeigt, wie auch bei den Jugendlichen Zeiten der Leuzerung einen starken Anreiz zu Eigentumsdelikten enthalten, sie zeigt aber auch, daß etwa von einer zunehmenden Auflehnung der Jugendlichen gegen die heutigen politischen Einrichtungen gar keine Rede sein kann, was insbesondere, gemessen an dem Geschrei über sozialdemokratische Jugendverheerung, äußerst lehrreich ist. Daß die Zahl der jugendlichen Verbrechen so gewaltig gestiegen ist, beweist aber auch, wie trotz aller bürgerlichen und staatlichen Jugendpflege die Verwahrlosung der Jugend weiter Volksschichten fortschreitet — eine unzerstörliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems, das Vater und Mutter zur Berufsarbeit zwingt und dadurch die Jugend sich selbst überläßt. Vielleicht hält man den bürgerlichen Wahlrednern diese amtliche Statistik vor, wenn sie der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie die Familie zerstören wolle!

Die Generalstreikbewegung der britischen Bergarbeiter.

Bis zum 29. Dezember waren noch nicht die geringsten Versuche unternommen worden, eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern im Bergbau anzubahnen, obwohl in der Presse von beratigen Versuchen vielfach die Rede war. Die Vorbereitungen zur Urabstimmung gehen überall vor sich. Am 28. Dezember beschloß der Vorstand des südwestlichen Bergarbeiterverbandes, den Mitgliedern zu empfehlen, bei der kommenden Abstimmung für den Generalstreik zu stimmen, wenn inzwischen die Minimallohnfrage nicht geregelt sei. Allem Anschein nach wird sich die Abstimmung nicht wesentlich anders gestalten als vor zwei Jahren. Damals (1909) wurden die Mitglieder der Bergarbeiterföderation Großbritanniens befragt, ob sie in den Generalstreik treten wollten, um den schottischen Bergarbeitern, die von den Unternehmern hart bedrängt wurden, zu Hilfe zu kommen. Die Abstimmung ergab, daß 518 361 Arbeiter die Frage bejaht und nur 62 980 mit Nein gestimmt hatten. In den einzelnen Distrikten schwankte die Mehrheit zwischen 80 und 98 Prozent.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Frankfurt a. M. Dem Kollegen Karl Jung, geb. am 23. April 1877 in Karlsruhe, ist sein Mitgliedsbuch im Launus gestohlen worden. Ich ersuche alle Vertrauensleute, wenn das Buch zum Vorschein kommt, dasselbe an die Zentralleitung einzusenden. Fritz Winkel.

Adressen-Änderungen.

Pilgramsbruch. Vorf.: Erhard Koll. Kass.: Johann Baumgärtel.
Sachsenhausen. Kass.: Gustav Böcher, Schloßstraße 196.
Brandenburg a. H. Vorf.: W. Dittberner, Sieberstraße 7, I. Kass.: E. Schuelderer, Pflanzstraße 18a, III.
Alt-Barthau II. Vorf.: Ernst Anders.
Kürnbach (Waden). Vorf.: Karl Müll.
Regensburg. Vorf.: Augustin Bräu, Wollwürgerstraße 15, II. Kass.: Georg Koch, Weihenburger Straße 29, II. — Reiseunterstützung wird ab 1. Januar 1912 auf Werkplatz Meyer & Köhle, Fußrimerstraße 1, nach Arbeitsluß in der Wohnung des Kassierers ausbezahlt.

Briefkasten.

Reinhold. Die Konsolegeschichte wurde nun genügend erörtert. Wir denken, daß die vier publizierten Einfendungen vollauf genügend. — R. in Amto (Jimmund). Die Portokosten belaufen sich auf 3,50 M. Bitte Grübe an die ganze Belegschaft! — E. G. in St. Darauf kommen wir nicht mehr zurück. Den energischen Ton haben wir allerdings aus Deiner Zuschrift entnommen, weil es nicht Sache des Verbandsorgans sein kann, Zwistigkeiten in die eigenen Kollegentreife hineinzutragen. — Jerum, o Jerum. Bewiß, wenn es gelegentlich einmal paßt. Besten Gruß an die Mitunterzeichner. — R. Du schlägst schon am Jahresbeginn einen recht bescheidenen Ton an. Wenn das a ja weiter geht, da kann ja die Sache so gut werd'n. Aber trotz Deiner Ausdräherer müssen wir auf unserem Standpunkt verharren. — J. Der Landrat wird dem Unternehmer kein Haar krümmen, versuche es mit der zuständigen Gewerbeinspektion. — Firmatus. Der betreffende Kollege erhält zwölf Wochen lang Krankenunterstützung.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Berlin.

Sektion I (Sandsteinarbeiter) Sektion II (Marmorarbeiter)

Mittwoch, den 17. Januar abends 8 Uhr in den Urminhallen Kommandantenstraße 58/59
Donnerstag, den 18. Januar abends 8 Uhr im Englischen Garten Alexanderstraße 27c

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Sonstige Sektionsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Voranzeige! Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 28. Januar vormittags 9 Uhr, in Sellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße, statt.

Am Tage der Reichstagswahl bleibt das Bureau geschlossen. Den Kollegen wird ebenfalls empfohlen, die Arbeit nach Möglichkeit ruhen zu lassen und sich der Partei zur Verfügung zu stellen. Jeder Wahlberechtigte ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Nach 7 Uhr wird keine Stimme mehr abgenommen. Wähle jeder so früh wie möglich, damit er nicht durch den letzten Andrang verhindert wird. Die Ortsverwaltung.



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.) 16
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.



Schürzen
Handmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Buchbindungsstoffe in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige Marmorpolierer
auf Platten und massive Arbeiten für dauernde Beschäftigung gesucht.
Bereinigte Stachelgebirgs-Granit-, Gneis- u. Marmor-Beite, A. G., Bunniedel, Werk Senften.

Steinmetz
für dauernde Stellung sofort gesucht.
Paul Schlauch, Rendsburg (Holstein).

Älterer **Steinmehrer** sucht für Frühjahr Stellung als zuverlässiger **Beisitzer** auf Sandstein-Bauten. Gest. Offerten unter A. B. 75 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Lebensanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Ball am 24. Dezember 1911 der Kollege Joseph Krieger, 52 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Ullrichs-Gesellschaft.